

Statement

August 2023

TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz braucht mehr Ambition für mehr Ausbau – Entwurf verfehlt die selbst gesteckten Ziele

Die Digitalisierung und der Ausbau digitaler Infrastrukturen brauchen das ausgerufen „Deutschland-Tempo“ bei den Genehmigungsverfahren. Vorfahrt für den Infrastrukturausbau statt Schneckentempo im Bürokratie-Dschungel – das muss die Leitplanke für den ordnungspolitischen Rahmen in Deutschland sein. Der Entwurf des Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen zeigt zwar richtige Ansätze, wird aber mit angezogener Handbremse und teils mit neuen Bürokratie-Hürden dem selbst gesteckten Ziel noch nicht gerecht.

Die Menschen in Deutschland haben zu Recht hohe Erwartungen an den Glasfaser- und Mobilfunkausbau. Die Errichtung von Mobilfunkmasten als „öffentliches Interesse“ einzuordnen ist allerdings deutlich zu schwach, um bei Abwägungsfragen wie dem Ausbau in Naturschutzgebieten den wesentlichen Unterschied zu machen. Der Ausbau braucht wirkliche Priorität und muss daher im „überragenden öffentlichen Interesse“ liegen – wie heute schon die Bedeutung der erneuerbaren Energien. Zudem muss auch die Bedeutung für die öffentliche Sicherheit als wesentliches Abwägungskriterium mit aufgenommen werden. Statt kleinstem gemeinsamen Nenner der Ressorts, braucht es die gemeinsame Anstrengung der Bundesregierung für einen echten Mehrwert mit Vorfahrt für den Ausbau. Und zwar nicht nur im Telekommunikationsgesetz, sondern vor allem auch im Naturschutzrecht und im Baurecht. Hierzu gibt es keine konkreten Entwürfe.

Richtig ist, dass das Digitalministerium die Genehmigungsverfahren mit schnelleren Entscheidungsfristen und Verfahrensfreiheit für geringfügige Baumaßnahmen beschleunigen möchte. Aber hier drohen mit vielen Ausnahmen und weiteren Berichtspflichten neue Bürokratie-Hürden statt freier Bahn für den Ausbau. Dabei liegen die Vorschläge für den Ausbau-Turbo auf dem Tisch: Eine Genehmigungs- und Vollständigkeitsfiktion für Mobilfunkmasten, verpflichtende digitale Genehmigungsverfahren wie sie manche Bundesländer längst vormachen, die Gleichstellung der oberirdischen Leitungsverlegung mit dem aufwendigen Tiefbau, die leichtere Nutzung öffentlicher Grundstücke oder die Bündelung von Genehmigungsverfahren und viele Vorschläge mehr. Mit diesen wichtigen

Ergänzungen kann dem Gesetz noch ein echter Mehrwert für den Ausbau und die Erreichung der Gigabit-Ziele gelingen.

Zudem soll das Gesetz auch dem Gigabit-Grundbuch den Weg bereiten. Eine zentrale Informationsstelle für digitale Netze wird einen Mehrwert für öffentliche Hand, Unternehmen und Öffentlichkeit bieten. Gleichzeitig mahnen die Krisen unserer Zeit zur Sensibilität. Daten über kritische Infrastrukturen sind kein beliebiges öffentliches Gut. Bereits die Erhebung muss besonders geprüft werden, vor allem aber die Verbreitung und der Zugriff. Keinesfalls darf das Gigabit-Grundbuch zu mehr Bürokratieaufwand für die ausbauenden Unternehmen führen. Gerade das ist aber mit den umfassenden Verpflichtungen zur Weitergabe aller verwendeten kritischen Netzkomponenten an die Behörden der Fall. Zudem wird die Sicherheit der Netze eher gefährdet, denn verbessert. Die Balance zwischen den Interessen muss an vielen Stellen noch gefunden werden. Unkritisch, aber wichtig ist allerdings die Bereitstellung von Informationen zu öffentlichen Liegenschaften, die gut für den Netzausbau genutzt werden könnten. Die Ambition die Informationen „schnellstmöglich“ bereit zu stellen, droht zu direkt zu scheitern, wenn hierfür keine klaren Fristen vorgesehen werden.

Der Ausbau in Deutschland macht aktuell enorme Fortschritte. Eine solche Dynamik, die den Ausbau stützt, lässt der Gesetzesentwurf noch vermissen. Dass der Entwurf bei der Vermarktung neuer Anschlüsse auf die Bremse tritt und diese erst nach der bürokratischen Nennung im Gigabit-Grundbuch beworben werden dürfen, ist geradezu absurd. Mehr Ambition für mehr Ausbau – diese Leitlinie muss die Bundesregierung verfolgen, um die Chance einer wirklichen Ausbaubeschleunigung noch zu nutzen. Nur so können die mit der Gigabit-Strategie gesetzten Ziele und Versprechungen erreicht werden.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.

Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Nick Kriegeskotte | Leiter Infrastruktur & Regulierung

T 030 27576-224 | n.kriegeskotte@bitkom.org

Janine Welsch | Referentin für Telekommunikationspolitik

T 030 27576-234 | j.welsch@bitkom.org